

Deutschland-Raubling: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 129/2023 07/07/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Raubling

Postanschrift: Bahnhofstraße 31

Ort: Raubling

NUTS-Code: DE21K Rosenheim, Landkreis

Postleitzahl: 83064

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Gemeind Raubling

E-Mail: j.millauer@raubling.de

Telefon: +49 80358705-28

Fax: +49 80351729

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: <https://www.raubling.de>**I.3. Kommunikation**Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YB26GWC/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YB26GWC>**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

RAUMS_HLS

Referenznummer der Bekanntmachung: RAUMS_HLS

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Gegenstand der Ausschreibung ist Vergabe von freiberuflichen Leistungen / Planungsleistungen nach § 55 HOAI Technische Gebäudeausrüstung für die LPH 1 - bis LPH 9 für die Anlagengruppen 1-3 für den Ersatzneubau BA_I der Michael-Ende-Schule

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 320 000,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE21K Rosenheim, Landkreis

Hauptort der Ausführung: Gemeinde Raubling Bahnhofstraße 31 83064 Raubling

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Vor dem Hintergrund aktueller und zukünftiger Veränderungen im Schulwesen sowie unter Berücksichtigung eines anstehenden Sanierungsbedarfs beabsichtigt die Gemeinde Raubling den aus dem Jahr 1956 stammenden ältesten Bauteil der Michael-Ende Schule in Raubling durch einen erweiterten Neubau zu ersetzen.

Bei dem abzubrechenden Gebäudeteil handelt es sich um den eingeschossigen, teilunterkellerten Bauteil 5 südlich des Schulhofs. Die Bestandserfassung und Voruntersuchung hat gezeigt, dass im Schulhaus Raubling bei den Unterrichts- und Fachräumen ca. 390m² Fläche fehlen im Vergleich zu dem nach den Förderrichtlinien der Bayer. Staatsregierung angegebenen Basissatz für den schulischen Bedarf. Hinzu kommt ein weiterer Flächenbedarf für die Ausweitung des Ganztagsangebots mit Mittagsversorgung (OGTS, Mensa) und Reserven für eine mögliche Umstrukturierung der Klassenverteilung auf die verschiedenen Standorte der Grundschule Raubling. Erste Überlegungen sahen zur Realisierung der benötigten Unterrichtsflächen eine Aufstockung des Bauteils 5 vor. Feuchtigkeitsschäden im Untergeschoss und eine eingeschränkte Erweiterungsmöglichkeit und Nutzungsanpassung haben jedoch im Vorfeld im Gemeinderat zur Entscheidung für den Ersatzneubau geführt. Die Planungsleistungen der Objektplanung Gebäude befinden sich derzeit in der Vorentwurfsplanung, es werden nunmehr die dazugehörigen Fachplanerleistungen benötigt.

Gegenstand der vorliegenden Vergabe sind hierfür die Planungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung nach § 55 HOAI für die LPH 1-9 der Anlagengruppen 1-3.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung betrauten Personals und dessen qualitative Herangehensweise / Gewichtung: 60

Preis - Gewichtung: 40

II.2.6.

Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 320 000,00 EUR

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 28

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung mit Optionen, zunächst LPH 1 - 4 daran anschließend optional und vorbehaltlich der Bewilligung der Fördermittel die LPH 5 - 7, sowie optional und in Abhängigkeit der Zusage zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn die LPH 8 - 9. Ggf. können dabei die Abrufzeitpunkte mit einem zeitlichen Versatz von mehreren Monaten sein. Mit den Leistungen der LPH 1 ist unmittelbar nach Zuschlagserteilung zu beginnen.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung sind nach § 44 VgV folgende Unterlagen vorzulegen:

- Anlage N_1 / Berufs- bzw. Handelsregisterauszug bzw. Nachweis für die berufliche Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung.

Hierbei wird zugelassen, wer nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt ist, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden (§ 75 Abs. 2 VgV). Für Bieter mit Sitz in Deutschland gilt die Vorlage eines Nachweises für eine verantwortliche Person über die Eintragung in ein Berufsregister als Ingenieur / Master der Fachrichtung Versorgungstechnik, alternativ als Meister im Installateur- und Heizungsbau bzw. Lüftungstechnik mit mindestens 20 Jahren Berufstätigkeit in diesem Fachgebiet.

Bieter mit Sitz im Ausland müssen mit dem Angebot die Erlaubnis der Berufsausübung im Staat ihrer Niederlassung nachweisen, soweit hierfür eine im Anhang XI der Richtlinie 2014/24 /EU aufgeführte Registereintragung einschlägig ist;

Bei Bietergemeinschaften gelten o.g. Anforderungen für sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft.

Bei Vorlage eines Handelsregisterauszugs darf der Nachweis, zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist nicht älter als 6 Monate sein.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sind nach § 45 VgV folgende Unterlagen vorzulegen:

- Anlage E_6 / über den Gesamtjahresumsatz sowie über den Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags innerhalb der letzten 3 Geschäftsjahre (2020 - 2022).

Dabei sind folgende Jahresumsätze nachzuweisen:

- mindestens 200.000 EUR (netto) pro Jahr in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags, d.h. mit Planungsleistungen der Anlagengruppen 1-3 nach § 55 HOAI

- Anlage N_2 / Berufshaftpflichtversicherung mit Erklärung über folgende Deckungssummen

- für Personenschäden bis zu 1.500.000 EUR

- für sonstige Schäden bis zu 1.000.000 EUR

bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens. Die Berufshaftpflichtversicherung muss während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachgewiesen werden. Es ist zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht.

In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt. Hinweis: Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen ist eine Erklärung des

Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erfüllt werden, mit der dieses den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert. Bei Bietergemeinschaften sind ein entsprechender Nachweis oder eine entsprechende Versicherungsbestätigung des Versicherungsunternehmens von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

siehe unter vorstehenden Eignungskriterien zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind folgende Unterlagen vorzulegen:

- Anlage E_7 / Mitarbeiterzahlen

Erklärung aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist.

- Es ist mindestens ein jährliches Mittel von 3 Projektmitarbeitern inklusive Geschäftsführung nachzuweisen.

- Anlage E_8 / Referenzen

Auflistung von mindestens drei geeigneten Referenzprojekten für die Planung von vergleichbaren Maßnahmen der Technischen Gebäudeausrüstung nach § 55 HOAI, Anl. 1-3 mit vergleichbaren Anforderungen hinsichtlich Schwierigkeitsgrad und Komplexität unter Angabe

- der Projektbezeichnung,

- der anrechenbaren Kosten (Nettosumme der KGR 410-430 gem. DIN 276)

- des Werts der eigenen erbrachten Leistung

- des Leistungszeitraumes (Beginn LPH 2 MM/JJJJ, Ende bzw. Ende LPH 8 MM/JJJJ)

- der Honorarzone

- der erbrachten Leistungsphasen
- des Leistungsbildes mit Beschreibung der Aufgabe und des Umfangs der Leistung, der Art des Vertragsverhältnisses sowie Nennung vergleichbarer Qualitätsanforderungen

Es werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

- Bei allen Referenzen wurden mindestens LPH 2 bis LPH 8 erbracht
- Alle Referenzprojekte mit Zuordnung mit mind. HZ II
- Nachweis von 1 öffentlich geförderten Referenzprojekt inkl. Zuarbeit von fachlichen Unterlagen zur Erstellung des Förderantrags sowie Zuarbeit der Kostenfeststellung zur Erstellung der Verwendungsnachweise
- Nachweis von 1 Referenzprojekt mit Umsetzung einer natürlichen Klimatisierung
- Nachweis von 1 Referenzprojekt inkl. Erarbeitung von Varianten mit Wirtschaftlichkeitsberechnung für Betriebskosten
- Die LPH 8 muss bei allen Referenzen im Zeitraum zwischen 07/2018 bis Ende Angebotsfrist abgeschlossen worden sein.

Darüber hinaus sind Erläuterungen des Projektinhalts sowie zur Vergleichbarkeit der Qualitätsanforderungen als ergänzende (eigene) Darstellungen beizufügen. Hierbei sollen zwei (2) DIN/A4 Seiten pro Referenz nicht überschritten werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, die getätigten Aussagen durch Hinterfragen bei den benannten Referenzgebern bestätigen zu lassen.

- Anlage E_9 / Benennung der technischen Fachkräfte

Angaben mit Namen und beruflicher Qualifikation der technischen Leitung und der für die Leistung vorgesehenen Verantwortlichen für die Qualitätskontrolle gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV. Dabei sind nur jeweils die Personen anzugeben, die die Leistung tatsächlich verantworten und auch maßgeblich erbringen.

Es werden folgende Mindestanforderungen gestellt:

- Projektleiter mit Berufsqualifikation als Diplomingenieur bzw. Masterabschluss Versorgungstechnik oder Techniker/Meister Versorgungstechnik mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung im Leistungsbild Technische Ausrüstung § 55 HOAI Anlagengruppen 1-3 und mind. 2 persönliche hinsichtlich Inhalt, Schwierigkeitsgrad und Komplexität vergleichbare Referenzprojekte in Funktion als Projektleiter

- Stellvertretender Projektleiter mit Berufsqualifikation als Diplomingenieur bzw. Masterabschluss Versorgungstechnik oder Techniker/Meister Versorgungstechnik mit mindestens 6 Jahren Berufserfahrung im Leistungsbild Technische Ausrüstung § 55 HOAI Anlagengruppen 1-3 und mind. 2 persönliche hinsichtlich Inhalt, Schwierigkeitsgrad und Komplexität vergleichbare Referenzprojekte in Funktion als stellvertretender Projektleiter
Die Erläuterungen zum beruflichen Werdegang und zu den beruflichen Erfahrungen des Projektleiters und stellvertretenden Projektleiters sind als Anlage ZU_1 /Qualifikationsprofile Projektleitung einzureichen.

Studien- und Ausbildungsnachweise zur beruflichen Qualifikation dieser Personen i.S.v. § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV sind zur Angebotsabgabe vorzulegen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

siehe unter vorstehenden Eignungskriterien zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

siehe unter III.1.1. dieser EU-Bekanntmachung

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

siehe Auftrags- und Vergabeunterlagen

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 04/08/2023 Ortszeit: 11:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 03/10/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 04/08/2023 Ortszeit: 11:00

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Je nach Bieterkonstellation sind folgende Erklärungen abzugeben:

- Anlage E_1 / Bietererklärung mit Angabe von vollständigem Firmennamen, Anschrift, Name des Ansprechpartners inkl. Kontaktdaten sowie Erklärung des Bieters bzw. Mitglieds der Bietergemeinschaft, dass
- keine gesellschafts-/konzernrechtlichen oder persönlichen Verflechtungen mit anderen Planungsbüros oder mit Bau- oder Lieferfirmen vorhanden sind, welche geeignet sind, im Auftragsfall bei einem Auftraggeber einen gegenwärtigen oder zukünftigen Interessenkonflikt auszulösen.
- die berufsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der Leistung selbst erfüllt oder diese im Rahmen der Eignungsleihe durch Dritte erfüllt werden (gem. Angaben in Anl. E_3 / Nachunternehmererklärung)
- der Auftraggeber unverzüglich in Kenntnis gesetzt und gegebenenfalls aktualisierte Eigenerklärungen sowie ggf. Nachweise vorgelegt werden falls sich während des weiteren

Verfahrens Änderungen an den vorstehend erklärten Sachverhalten oder anderen erkennbar relevanten Voraussetzungen für eine Zuschlagserteilung ergeben

- Anlage E_2 / Bietergemeinschaften (falls zutreffend) Hierzu ist mit dem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung vorzulegen:

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist;

- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist;

- in der erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt;

- in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften;

- in der konkrete Leistungsumfang jedes Mitglieds angegeben oder eine leistungsübergreifende Verantwortlichkeit ausdrücklich bestätigt wird.

Wird diese Bietergemeinschaftserklärung nicht mit dem Angebot eingereicht, wird das Angebot der Bietergemeinschaft zwingend ausgeschlossen. Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig und führen zum Ausschluss. Mehrfachbewerbungen stellen auch Angebote unterschiedlicher Niederlassungen eines Bieters sowie mehrerer Mitglieder ständiger Arbeitsgemeinschaften dar.

- Anlage E_3 / Erklärung Nachunternehmer (falls zutreffend)

Falls sich der Bieter (bzw. die Bietergemeinschaft) hinsichtlich seiner Eignung für dieses Projekt auf Kenntnisse, Fähigkeiten, Ressourcen o. a. Mittel Dritter beruft, Angabe von vollständigem Firmennamen des Nachunternehmers, Anschrift, Name des Ansprechpartners inkl. Kontaktdaten; Beschreibung, der vom Drittunternehmen zu erbringenden Leistungen und der vom Drittunternehmen zur Verfügung zu stellenden Mittel sowie eine Erklärung, dass der Bieter/ die Bietergemeinschaft auf Verlangen der Vergabestelle bzw. des Auftraggebers unverzüglich die Verpflichtungserklärung dazu einreicht, dass

- im Falle der Auftragserteilung die für die Erbringung der Leistung erforderlichen Mittel des Unternehmens zur Verfügung gestellt werden;

- die Eignung nach den Anforderungen dieser EU Auftragsbekanntmachung und den Vergabeunterlagen nachgewiesen wird;

- für den Fall, dass der Bieter / die Bietergemeinschaft in dem o.g. Vergabeverfahren zum Nachweis der erforderlichen beruflichen Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV oder die einschlägige berufliche Erfahrung Kapazitäten in Anspruch nimmt, erklärt wird, dass im Auftragsfall die Leistungen erbracht werden, für die diese Kapazitäten benötigt werden; und

- soweit Kapazitäten im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit geliehen werden, gemeinsam mit dem Bieter / der Bietergemeinschaft für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe haftet wird

Darüber hinaus sind folgende Angaben und Eigenerklärungen vom Bieter bzw. jedem Mitglied der Bietergemeinschaft bzw. dem Nachunternehmer, auf dessen Eignung sich der Bieter / die Bietergemeinschaft beruft (Eignungsleihe) mit dem Angebot einzureichen:

- Anlage E_4 / Vertraulichkeitserklärung

- Anlage E_5 / Nichtvorliegen von Ausschlussgründen Erklärung, dass keine Ausschlussgründe im Sinne von § 123 und § 124 GWB vorliegen

- Anlage E_5a / Nichtvorliegen "Bezug zu Russland" Erklärung, dass gem. Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 kein Bezug zu Russland vorliegt.

Die Vergabestelle behält sich zudem vor, nachfolgend aufgeführte Nachweise anzufordern:

- Bescheinigung der Behörde des betreffenden Mitgliedsstaates, dass der Bewerber seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß nachgekommen ist.

- Bescheinigung der Behörde des betreffenden Mitgliedsstaates, dass der Bewerber seiner Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß nachgekommen ist.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YB26GWC

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern, Regierung von Oberbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80538

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 892176-2411

Fax: +49 892176-2847

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller dengeltendgemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantragist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Raubling

Postanschrift: Bahnhofstraße 31

Ort: Raubling

Postleitzahl: 83064

Land: Deutschland

E-Mail: j.millauer@raubling.de

Telefon: +49 80358705-28

Fax: +49 80351729

Internet-Adresse: <https://www.raubling.de>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

04/07/2023